

An den Oberbürgermeister  
der Landeshauptstadt München  
Herrn Dieter Reiter  
Rathaus, Marienplatz 8  
80331 München

München, 03.03.2026

**Anfrage:**

**Kultur schützen statt Luxustürme durchdrücken: Wie schützt die Stadt das BACKSTAGE vor den Büschl-Türmen?**

München leidet unter dem extremen Wachstum, steigenden Mieten und wachsender sozialer Spaltung. Kulturelle Freiräume und Orte jenseits kommerzieller Verwertung verschwinden. Die geplanten Büschl-Türme stehen exemplarisch für eine Stadtentwicklung, die auf hochpreisige Wohnsegmente setzt, während gewachsene Strukturen unter Druck geraten. Wenn ein Investor versucht, ein bestehendes Kulturzentrum mit Millionenforderungen zu konfrontieren, offenbart sich ein problematisches Machtgefälle zwischen Gemeinwohl und Ausverkauf der Stadt.

Das BACKSTAGE ist eines der wichtigsten unabhängigen Kulturzentren Münchens. Seit Jahrzehnten steht es für Jugendkultur, Subkultur, gute Livemusik, bezahlbare Räume für Bands, soziale Initiativen und kulturelle Vielfalt. Es ist kein Renditeobjekt, sondern Teil der gewachsenen Stadtgesellschaft.

Nun droht ausgerechnet dieses Kulturzentrum massiv unter Druck zu geraten, weil ein Investor im unmittelbaren Umfeld hochpreisige Luxustürme realisieren will. Berichten zufolge fordert die Büschl-Gruppe inzwischen 50 Millionen Euro vom BACKSTAGE im Zusammenhang mit Dienstbarkeiten und Schallschutzregelungen für die geplanten Luxuswohnungen.

Damit wird ein langjährig bestehender Kulturbetrieb faktisch mitverantwortlich gemacht für die Risiken eines renditegetriebenen Hochhausprojekts. Für uns ist ganz klar, dass sich die ÖDP uneingeschränkt hinter das BACKSTAGE stellt. Kultur darf nicht dem Druck von Luxusspekulation geopfert werden.

**Vor diesem Hintergrund frage ich den Oberbürgermeister:**

1. Ist der Stadt bekannt, dass die Büschl-Gruppe vom BACKSTAGE 50 Millionen Euro fordert? Falls ja, wie bewertet die Stadt diese Forderung?
2. Welche konkreten Dienstbarkeiten oder vertraglichen Regelungen zwischen Investor und BACKSTAGE stehen derzeit zur Diskussion?

3. Wie stellt die Stadt sicher, dass durch die heranrückende Wohnbebauung keine zusätzlichen Einschränkungen für den bestehenden Veranstaltungsbetrieb des BACKSTAGE entstehen?
4. Wer trägt nach Auffassung der Verwaltung die Kosten für ggf. erforderliche zusätzliche Schallschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit der neuen Wohnbebauung?
5. Welche schalltechnischen Gutachten liegen der Stadt aktuell vor und zu welchem Ergebnis kommen sie hinsichtlich des Schutzes des BACKSTAGE?
6. Wie ist der aktuelle Stand des Bebauungsplanverfahrens für das Paketposthallen-Areal und inwieweit ist eine Einigung zwischen den Beteiligten Voraussetzung für die weiteren Verfahrensschritte?
7. Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um den Betrieb des BACKSTAGE auch während einer mehrjährigen Bauphase zu sichern?
8. Welche verkehrlichen Auswirkungen erwartet die Stadt durch die geplante Bebauung und welche Maßnahmen sind vorgesehen, um zusätzliche Belastungen für Anwohnerinnen und Anwohner sowie bestehende Einrichtungen zu begrenzen?
9. Welche kulturpolitische Bedeutung misst die Stadt dem Standort BACKSTAGE bei und welche Instrumente stehen zur Verfügung, um dessen langfristigen Bestand planungsrechtlich abzusichern?

**Initiative:**

Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender